

Beschluss: (gegen die Stimme von DIE LINKE:)

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur aktuellen Situation im Bereich Registrierung und Vergabe von gefördertem Wohnraum sowie Antragsentwicklung beim Wohngeld und die geplanten Gegenmaßnahmen zur Kenntnis.
2. Die Landeshauptstadt München setzt sich über den Deutschen Städtetag beim Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat für die dargestellten Erleichterungen im Verwaltungsvollzug ein, mit dem Ziel, die Anzahl der wohngeldberechtigten Haushalte erheblich zu erhöhen.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.